

Pulsnitzer Tageblatt

Sprechst. 18. Tel. -Adr.: Pulsnitzer Tageblatt
Postkassenkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Ercheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; emlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl., Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Plage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Großnaundorf, Dretzitz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebitzdorf, Thelendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. F. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 113

Freitag, den 16. Mai 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Der Entwurf eines Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Auswertungshypotheken ist vom Reichskabinett verabschiedet und dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet worden. Der Entwurf wird im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

33 Regierungen haben bisher beim amerikanischen Staatsdepartement gegen die amerikanische Zolltarifvorlage protestiert und scharfe Vorstellungen erhoben, insbesondere Italien, Frankreich, Schweiz, Deutschland, Norwegen, Holland, Tschechoslowakei, Ägypten, Südafrika und Irland.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. Konzert — Slavischer Abend.
Aufmerksam machen möchten wir noch einmal auf das im gestrigen Inseratenteil angekündigte Konzert „Slavischer Abend“ des Arbeitergesangsvereins. Das Konzert will einen Ausschnitt geben aus dem russischen, polnischen und tschechischen Volkslied (meist in Bearbeitungen für gemischten Chor), es bringt als Vertreter des modernen russischen Kunstliedes Mussorgski, den tschechischen Kunstgesang vertritt Dvorak (Sololieder aus den „Zigeuner-Melodien“, Duette aus den „Klänge aus Mähren“), Einblick in die Klavierkunst des großen Polen Fr. Chopin wird u. a. die Ballade op. 47 in As-dur geben. Da das Konzert vor Stuhlreihen ohne Wirtschaftszwang stattfindet, ist ein ungezügelter und bei den niedrigen Eintrittspreisen, billiger Genuß dieser bei uns selten gehörten Musik geboten.

— **Hübsche Steuerermehreinnahmen Webers.**
Wie wir erfahren, haben die sächsischen Landessteuern im Haushaltsjahr 1929/30 erfreulicherweise recht hübsche Mehreinnahmen gebracht. Die Grundsteuer brachte 20,66 Millionen RM, während nur 18 Millionen veranschlagt waren, die Gewerbesteuer 22,19 gegen 20,00, die Mietsteuer 39,62 gegen 39,00 und die Schlachtsteuer 12,39 gegen 10,50 Millionen RM. Diese vier Hauptlandessteuern trugen also 94,86 Mill. RM ein, während nur 87,50 Mill. RM veranschlagt waren. Der Abschluß für 1929/30 befreit sich dadurch also um mehr als 7 Mill. RM. Die Mehreinnahmen für 1929/30 haben dem Finanzministerium bekanntlich als Grundlage für die Veranschlagung fürs Rechnungsjahr 1930/31 gedient, denn es hat im neuen Haushaltsplan eine Einnahme von insgesamt 95 Mill. RM aus diesen vier Steuerarten eingelegt. Angesichts der wirtschaftlichen Lage dürfte es immerhin zweifelhaft sein, ob die Anschlagssumme im neuen Jahr erreicht werden wird; jedenfalls sind Rücklagen darin nicht enthalten.

— **Zum Brotgesetzentwurf.** Der Entwurf eines Brotgesetzes, der mit polizeilichen Maßnahmen der Nachfrage nach Roggenbrot aufhelfen will, bot den sächsischen Industrie- und Handelskammern Anlaß, den Deutschen Industrie- und Handelskongress und das sächsische Wirtschaftsministerium auf einen entscheidenden Grund jener zu geringen Nachfrage hinzuweisen, der in den Backfehlern des Roggenbrotes zu suchen ist. Diese sind infolge der Verordnung vom 13. November 1918 über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien nicht zu vermeiden, weil darin das Nachtbrotverbot übertriebener Weise auch auf alle Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten des Backens erstreckt und weil mithin während der Nacht keine Ueberwachung des Roggenteigauers gestattet ist. Dieser entspricht als Triebmittel der Hefe bei anderen Backwaren, bedarf aber zum Unterschieben von ihr einer laufenden Ueberwachung. Wenn solche, wie in Deutschland infolge obiger Verordnung, unterbleibt, so entwickelt sich der Teig abnorm und entstehen Backfehler, vor allem auch ein ungleichmäßiger Säuregrad am fertigen Roggenbrot, der die Nachfrage der Verbraucher nach diesem Backerzeugnis beeinträchtigt. Die Kammern empfahlen deshalb die Freistellung solcher Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten vom Nachtbrotverbot.

— **Die neuen Drei- und Fünfmärklinge.**
Die neuen Silbermünzen zu drei und fünf Reichsmark, die herausgegeben werden, haben folgendes Aussehen: Die Vorderseite der Münzen zeigen in dem von einem Stäbchen umgebenen Mittelfeld eine Teilansicht der Erdkugel, die von dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ in westöstlicher Richtung überflogen wird. Die beiden Enden des Luftschiffes ragen über das mittelfeld urgebende Stäbchen hinaus. Im

Das Sommer-Programm des Reichstages

Verbreitung von Reichstagsreden durch Rundfunk und Schallplatten?

Das deutsch-italienische Verhältnis

Der Ältestenrat des Reichstages hat beschlossen, nach dem Justizetat, dessen Beratung am Donnerstag begann, die Etats des Verkehrsministeriums, des Beherrschungsministeriums, des Arbeitsministeriums und des Wirtschaftsministeriums in der angegebenen Reihenfolge vom Plenum des Reichstages erledigen zu lassen. Die Pfingstferien sollen am 28. Mai beginnen. Der Haushaltsausschuß soll dann noch einige Tage zusammenbleiben, um die Etatsberatungen abzuschließen. Vom 16. Juni ab bis Anfang Juli wird der Reichstag wieder zusammen sein. Die Etatsberatungen sollen bis Ende Juni zum Abschluß gebracht werden.

Vor der Sommerpause sollen das Hilfsprogramm und die Sanierung der Arbeitslosenversicherung beendet werden.

Der Ältestenrat befaßte sich sodann mit einem neuen Antrag der Berliner Junftunde, Reichstagsreden entweder direkt zur Weitergabe freizugeben, oder sie auf Schallplatten aufnehmen zu lassen. Präsident Löbe setzte sich für den Antrag ein. Da aber einige Mitglieder des Ältestenrats ihre Bedenken aufrecht erhielten, wurde die Angelegenheit den Fraktionen zur Entscheidung überwiesen. Die vorgebrachten Bedenken bestehen darin, daß man nicht alle Reichstagsreden übertragen kann. Gegenüber dem Wunsch des Präsidenten Löbe wurde betont, daß bei der Auswahl keine Garantie für eine objektive Verteilung gegeben werden könne.

Die kleine Justizreform

vor dem Reichstag.

164. Sitzung, Donnerstag, den 15. Mai 1930.

Nachdem in der Reichstagsitzung am Donnerstag Präsident Löbe mitgeteilt hatte, daß er der norwegischen Regierung das Beileid des Reichstages zum Tode Fridtjof Nansens ausgesprochen habe, ging das Plenum zur Beratung der kleinen Justizreform über. Es handelt sich dabei um die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und zur Veränderung von Vorschriften über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie über die Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen. Durch einige organisatorische Maßnahmen will man eine Senkung der staatlichen Aufwendungen für die Rechtspflege herbeiführen.

Dr. Marum lehnte für die Sozialdemokraten den Entwurf ab und meinte, daß es sich um eine Verschlechterung des Rechtsschutzes für die minderbemittelten Schichten handle.

Während Dr. Hanemann (Dnt.) gleichfalls die Möglichkeit von Erparnissen bezweifelte, hielt Dr. Schetter (Str.) solche doch für möglich und meinte, daß ein Teil der kleinen Amtsgerichte wohl verschwinden könnte.

Rechtsjustizminister Dr. Bredt

stellte darauf fest, daß der Entwurf keine besonders freundliche Aufnahme gefunden habe. Die Fassung der Vorlage entspräche den Wünschen des Reichsrates. Auch die Herabsetzung der Gebühren für die Armenanwälte sei durch Beschluß des Reichsrats in die Vorlage gekommen. Eine Feindseligkeit gegen den Anwaltstand liege nicht vor. Doch hätten sich die Ausgaben für Armenanwälte in allen Ländern seit der letzten Gebührenerhöhung geradezu verdoppelt. Der Minister hat, den Entwurf dem Ausschuß zu überweisen. Dr. Alexander (Komm.) lehnte die Vorlage ab.

Ein Vertreter des preussischen Justizministeriums schloß sich im Auftrag der preussischen Staatsregierung dem Wunsch des Justizministers, die Vorlage dem Ausschuß zu überweisen, an. Abg. Dingeldey (D. Vp.) erklärte die Vorlage für eine ausgesprochenen Verschlechterung der Rechtspflege auf dem Rücken des Mittelstandes.

Abg. v. Lindener-Bildau (Christlichnat.) wendet sich gegen eine fiskalische Reform. Die Entlastung der Länder durch die Vorlage betrage nur 3 Millionen, während die Rechtspflege unsozial reformiert werde.

Abg. Ehlermann (Dem.) erklärt, die Vorlage widerspreche dem Grundsatz der Rationalisierung der Gesetzgebung. Der Entwurf sei mittelstandsfeindlich und absolut unsozial.

Abg. Drewitz (Wirtsch. P.) erklärt, daß seine Fraktion an einer Ausschlußberatung kein Interesse habe.

Abg. Dr. Pflieger (Bayer. Vp.) bedauert, daß die Vertreter der Länder ihr Interesse an dem Entwurf vor dem Reichstag nicht begründet haben.

Damit schließt die Aussprache. — Präsident Löbe stellt fest, daß eine Ausschlußberatung von keiner Stelle beantragt ist. In

der zweiten Beratung wird die Vorlage unter allgemeinem Geächter einstimmig abgelehnt. Eine dritte Beratung erübrigt sich dadurch.

Der beabsichtigten Veräußerung von Grundstücken des Festungsgeländes in Mainz wird zugestimmt. Der Gesetzentwurf über die Pauschalierung der Verwaltungskostenzuschüsse geht an den Steuerauschuß. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Ermächtigung der Reichsregierung, zwecks Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der Wirtschaft auf den Gebieten der Kapitalertragssteuer, der Kapitalverkehrssteuer, der Grunderwerbssteuer, der Wertzuwachssteuer und der Besteuerung der Kapitalverwaltungsgesellschaften steuerliche Erleichterungen zu treffen. Abg. Keil (Soz.) lehnt das Ermächtigungsgesetz ab.

Die Vorlage wird dann dem Steuerauschuß überwiesen, ebenso der Gesetzentwurf über die Liquidierung der Bank für deutsche Industriebanknoten. Das Haus vertagt sich auf Freitag 3 Uhr: Etat des Reichspräsidenten, des Reichszanklers und des Reichsjustizministeriums.

Nachprüfung des Haushaltsausschusses.

In der Abend Sitzung des Haushaltsausschusses am Donnerstag wurden die Etatitel über Wohnungs- und Siedlungswesen behandelt. Als von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeitslosigkeit am Baumarkt in diesem Jahre dauernd bestehen bleiben werde, weil die zur Verfügung stehenden Summen von 2,7 Milliarden Mark auf 1,4 Milliarden Mark verringert wären, hob Abgeordneter Wolf (Dnt.) hervor, daß es ein ungesunder Zustand sei, daß das ganze Gewerbe von öffentlichen Unterstühtungen abhängig wurde. Die Privatwirtschaft sei nicht mehr imstande, das wichtigste Schlüsselgewerbe, die Bau-tätigkeit, von sich aus allein lebendig zu erhalten. Durch Senkung der Baupreise und durch andere kredittechnische Mittel müsse wieder ein vernünftiges Verhältnis zwischen Bautätigkeit und Privatwirtschaft hergestellt werden.

Das deutsch-italienische Verhältnis

Genf. Ueber die Aussprache, die Curtius am Mittwochabend mit Grandi hatte, wird nunmehr mitgeteilt, daß in dieser Unterredung die gesamten europäischen Probleme und insbesondere die grundsätzliche Haltung in der Völkerbundspolitik eingehend zwischen den beiden Außenministern erörtert worden seien. Auf deutscher Seite gibt man der Befriedigung über den Verlauf dieser sehr offenen Aussprache Ausdruck und hebt hervor, daß hierbei auch die großen gemeinsamen Interessen zwischen den beiden Ländern festgestellt worden seien. Es wird ferner betont, daß die Aussprache bei beiden Teilen einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen habe. Auch auf italienischer Seite zeigt man sich mit dem Ergebnisse dieser Unterredung voll befriedigt und weist auf die Gemeinsamkeit der deutsch-italienischen Interessen auf verschiedenen Gebieten der europäischen Politik und insbesondere in den grundsätzlichen Fragen der Völkerbundspolitik, insbesondere in den Abrüstungs- und Sicherheitsfragen hin.

Schluß der Völkerbundratstagung.

Nächste Sitzung am 5. September.

Genf. Die Tagung des Völkerbundrates wurde am Donnerstag mit einer geheimen Sitzung geschlossen, in der die Palästinafrage behandelt wurde. Die nächste Tagung des Völkerbundrates findet am 5. September statt. Die Vollversammlung ist auf den 10. September einberufen worden.

Räumungsbefehl aus Paris?

Paris. Nach einer Meldung des Pariser Blattes „Journal“ nimmt man an, daß, nachdem von den deutschen Vertretern die letzten zur Zugangsetzung des Young-Planes erforderlichen Unterschriften gegeben sind, die französische Regierung sofort den Rückzugsbefehl für die Truppen im Rheinland geben werde.

Seit zwei Tagen gehen von Ludwigshafen große Materialtransporte der französischen Besatzung nach dem Innern Frankreichs ab. Auch sieht man vor den Häusern und Wohnungen der Befatzungsangehörigen zahlreiche Möbelwagen stehen. Wie verlautet, hat die Besatzung in Ludwigshafen den Schieß- und Exerzierplatz, ebenso die Munitionsdepots an die Reichsvermögensverwaltung zurückgegeben und die Wachen eingezogen.

